Gegründet 1877 — Gegründet 1877

Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen"

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren Raum 15 Pfg., die Reklamezeile 45 Pfg. Für teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Rabatt nach Tarif, der jedoch bei gerichtl. Eintreib. od. Konkursen hinfällig wird. Erfüllungsort Altensteig. Gerichtsstand Nagold.

Bezugspr.: Monatl. d. Post ℳ 1.20 einschl. 18 ₰ Beförd.-Geb., zuz. 36 ₰ Zustellungsgeb.; d. Ag. ℳ 1.40 einschl. 20 ₰ Austrägergeb.; Einzeln. 10 ₰. Bei Nichterscheinen der Zeit. inf. höh. Gewalt od. Betriebsstör. besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitg. / Telegr.: „Tannenbl." / Tel. 321.

Nummer 149 | Altensteig, Freitag, den 30. Juni 1933 | 56. Jahrgang

Hugenbergs Rücktritt genehmigt

Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt - Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Darre

Neudeck, 29. Juni. Reichspräsident von Hindenburg hat auf Vorschlag des Reichskanzlers den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Reichswirtschaftsminister Dr. Hugenberg die erbetene Entlassung aus seinen Aemtern erteilt und den Generaldirektor der Allianz-Versicherungs AG. Dr. Schmitt zum Reichswirtschaftsminister sowie das Mitglied des Reichstages Dr. Walter Darre zum Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft ernannt.

Der Herr Reichspräsident hat ferner den Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Dr. Bang einstweilen in den Ruhestand versetzt und zum Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium den MdR. Dipl.-Ing. Dr. Gottfried Feder ernannt.

Wieder Personalunion mit Preußen

Berlin, 29. Juni. Zu der Ernennung der neuen Reichsminister verlautet noch von amtlicher preußischer Seite, daß der preußische Ministerpräsident Hermann Göring den Ernährungsminister Dr. Walter Darre auch zum preußischen Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten und den Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt auch zum preußischen Minister für Wirtschaft und Arbeit ernannt hat.

Es verlautet noch weiter, daß der Staatssekretär im Reichsernährungsministerium v. Rohr-Demmin vorläufig im Amte bleiben wird.

•

Richard Walther Darré

Berlin, 29. Juni. Das Amt des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft hat nunmehr einer der einflußreichsten und aktivsten Persönlichkeiten des neuen Deutschlands übernommen, hinter der das unbeschränkte Vertrauen des gesamten deutschen Bauernstandes steht: Richard Walther Darré.

Darré wurde am 4. Juli 1895 in Belgrano in Argentinien geboren. Er studierte Landwirtschaft und erwarb sich landwirtschaftliche Praxis in Oberbayern, Hessen und Oldenburg. In den Jahren 1928 und 1929 war er der deutschen Gesandtschaft in Riga zur Wahrung ostpreußischer landwirtschaftlicher Belange zugeteilt und wurde dann Hauptschriftleiter der „Nationalsozialistischen Landpost" und Herausgeber der Monatszeitschrift „Deutsche Agrarpolitik". Im März 1933 wurde Darré von der großen Mehrheit der Bauernschaft aller Landesteile Deutschlands als Führer der neuen Bauernfront verlangt und dann auch Anfangs April 1933 von der Reichsführergemeinschaft des deutschen Bauernstandes einstimmig zu ihrem Leiter ausgerufen. Der Gesamtausschuß des Reichsverbandes der Landw. Genossenschaften wählte Darré ebenfalls einstimmig zum Präsidenten. Schließlich übertrug auch der deutsche Landwirtschaftsrat im Mai Darré die Präsidentschaft. Auch im Deutschen Landhandelsbund hat Darré das Präsidium inne.

•

Dr. Kurt Schmitt

Berlin, 29. Juni. Kurt Schmitt wurde am 7. Oktober 1886 in Heidelberg geboren. Er studierte Jurisprudenz und promovierte zum Dr. jur. Er wandte sich dem Versicherungsfach zu und brachte es schon mit jungen Jahren zum Generaldirektor der Allianz. Als diese Gesellschaft mit dem Stuttgarter Verein unter der Firma Allianz- und Stuttgarter Verein, Versicherungs A.G., fusionierte, wurde er der Generaldirektor dieser Gesellschaft. Er ist Mitglied der Industrie- und Handelskammer Berlin und war bis 1928 Mitglied des vorläufigen Reichswirtschaftsrates. Seiner außerordentlichen Fähigkeiten wegen wurde er auch als Aufsichtsrat in beinahe alle führenden Versicherungsgesellschaften berufen. Schmitts schnelles Eintreten für die Verbindlichkeiten der in Schwierigkeiten geratenen Frankfurter Allgemeinen Versicherungs A.G. wurde allgemein bewundert und anerkannt. Seit längerer Zeit gehört Dr. Schmitt zu den wenigen Wirtschaftsführern, die sich zu dem Nationalsozialismus bekannt haben.

•

Die Mitarbeiter des neuen Reichsernährungsministers Walther Darré

Berlin, 29. Juni. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, wird Reichsernährungsminister Walther Darré die Führung des Reichsstandes der deutschen Landwirtschaft, in dem alle Spitzenverbände zusammengefaßt sind, beibehalten. Sein Stellvertreter, der praktisch die Geschäfte führen wird, wird der Präsident des Reichslandbundes Meinberg werden. Im Reichsernährungsministerium wird neben dem Adjutanten des neuen Reichsernährungsministers, dem Herrn v. Zeppelin, ein besonders verantwortungsvolles Arbeitsgebiet der preußische Landtagsabgeordnete der NSDAP. Herbert Backe erhalten.

Backe ist Domänenpächter in Hornsen bei Alfeld an der Leine. Er wurde am 1. Mai 1896 zu Batum im Kaukasus geboren, in Rußland erzogen, wurde während des Krieges von den Russen in einem Gefangenenlager interniert, wo er als Arbeiter tätig war. Nebenbei studierte er Landwirtschaft in Göttingen.

•

Der Reichskanzler bei Hindenburg

Marienburg, 29. Juni. Reichskanzler Adolf Hitler traf Donnerstag nachmittag im Flugzeug auf dem Flugplatz Königsdorf bei Marienburg ein, wohin auf das Bekanntwerden der Nachricht von dem bevorstehenden plötzlichen Kanzlerbesuch die Bevölkerung zu Fuß und auf Fahrzeugen aller Art hinausgepilgert war. Nach Abschreiten der auf dem Flugplatz angetretenen SS- und SA.-Abordnungen nahm der Kanzler aus den Händen des Töchterchens des Ersten Bürgermeisters Parweleit einen Edelweiß-Strauß entgegen und setzte sodann im Kraftwagen die Fahrt nach Schloß Neudeck fort, wo er 17.30 Uhr eintraf.

Reichskanzler Adolf Hitler wurde von dem Herrn Reichspräsidenten vor dem Portal des Hauses herzlich begrüßt. Anschließend folgte eine etwa **zweistündige Besprechung** des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers über **die gesamte politische Lage.** Der Reichskanzler bleibt als Gast des Reichspräsidenten in Neudeck.

Spendet Arbeit!

Berlin, 29. Juni. Der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium Fritz Reinhardt richtete heute durch Rundfunk an alle Volksgenossen und Volksgenossinnen den folgenden Aufruf:

Die Reichsregierung der nationalsozialistischen Revolution ruft alle Volksgenossen und Volksgenossinnen auf, freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit zu leisten. Die Spende kann in bar, durch Zahlkarte, Postschecküberweisung oder Banküberweisung geleistet werden. Für die Entgegennahme der Spende ist das Finanzamt zuständig. Der Spender muß also den Spendenbetrag bei der Kasse des Finanzamtes einzahlen oder durch Zahlkarte, Postschecküberweisung oder Banküberweisung auf das Postscheckkonto des Finanzamtes überweisen.

Arbeiter und Angestellte können ihren Arbeitgeber bitten, bei der nächsten Lohn- oder Gehaltszahlung einen bestimmten Betrag einzubehalten und für sie als freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit an das Finanzamt abzuführen.

Die nächste Gehaltszahlung fällt bei den meisten Angestellten und Beamten auf den morgigen 30. Juni. Es sollte kein Angestellter und kein Beamter unterlassen, morgen vormittag sofort zu veranlassen, daß von seinem Gehalt ein bestimmter Betrag als freiwillige Spende einbehalten und für ihn an das Finanzamt abgeführt wird. Wo die Berücksichtigung aus technischen Gründen nicht mehr möglich sein sollte, ist es Sache des Angestellten oder Beamten, den zu spendenden Betrag durch Zahlkarte, Postschecküberweisung oder Banküberweisung noch am 30. Juni dem Konto des Finanzamtes zuzuleiten.

Es sollte auch kein Arbeiter, der morgen oder übermorgen seine nächste Lohnzahlung erhält, unterlassen, morgen vormittag seinen Arbeitgeber zu bitten, von der Lohnzahlung einen bestimmten Betrag einzubehalten und als freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit für ihn auf das Finanzamt weiterzuleiten.

Alle Volksgenossen und Volksgenossinnen, die nicht in einem Arbeitnehmerverhältnis stehen, sondern Angehörige eines freien Berufes oder Rentner sind, überweisen, soweit es noch nicht geschehen ist, einen Betrag als freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit morgen oder übermorgen auf das Konto des Finanzamtes.

Die Reichsregierung der nationalsozialistischen Revolution erwartet, daß alle deutschen Männer und Frauen den Begriff der Volksgemeinschaft erfassen. Wer sich zur Deutschen Volksgemeinschaft bekennt, der muß bereit sein, von seinem Einkommen freiwillig einen Betrag zur Förderung der nationalen Arbeit zu spenden. Die Spende wird verwendet zur Beschaffung von Arbeit für solche Volksgenossen, die bereits seit Jahren ohne Arbeit und ohne Einkommen sind. Ein Mindestbetrag ist nicht vorgeschrieben. Auch der kleinste Betrag, der als freiwillige Spende zur Förderung der nationalen Arbeit gegeben wird, bildet einen Teil der Hilfe zur Verminderung der Arbeitslosigkeit und damit des sozialen Elends.

Volksgenossen und Volksgenossinnen! Spendet, spendet alle, spendet sofort!

Abrüstungskonferenz bis zum 16. Oktober vertagt

Genf, Der Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz hat gegen die Stimme Deutschlands unter Stimmenthaltung Ungarns beschlossen, seine Arbeiten bis zum 16. Oktober zu vertagen.

•

Nadolny warnt nochmals

Genf, 29. Juni. Botschafter Nadolny hielt in der Sitzung des Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz am Donnerstag eine Rede, in der er u. a. ausführte er halte es für seine Pflicht, den deutschen Standpunkt in aller Oeffentlichkeit darzulegen und gegen den Vertagungsvorschlag Stellung zu nehmen. Er stellte fest, daß der Fehlschlag, in London Besprechungen herbeizuführen, nicht an der deutschen Regierung gelegen habe, die jederzeit zu Besprechungen zur Verfügung gestanden hätte.

Nun solle die Konferenz vertagt werden, bis die zweite Lesung genügend vorbereitet sei. **Jetzt solle der Präsident von Regierung zu Regierung reisen und mit den einzelnen Kabinetten verhandeln.**

Er zweifle daran, daß diese Art Verhandlungen in kurzer Zeit einen Erfolg bieten könne. Nachdem die Besprechungen in London nicht zustande gekommen seien, habe die Konferenz jetzt nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, die Vorbereitung für die zweite Lesung durch ihre Organe wieder selbst in die Hand zu nehmen. Das Büro könne, wenn es sich mit gutem Willen und Eifer seiner Aufgabe widmen würde, eine sehr nützliche Arbeit leisten. Es gebe in dem britischen Entwurf eine ganze Reihe von noch offenen Fragen mehr technischer oder juristischer Natur, die einer politischen Entscheidung nicht bedürften.

Aber auch die noch offenen Fragen mehr politischen Charakters könnten während der Vorbereitung der zweiten Lesung eher hier durch Besprechungen von Delegation zu Delegation gefördert werden als durch Reisen von Kabinett zu Kabinett.

Er bedauere es somit außerordentlich, daß das Büro beschlossen habe, dem Hauptausschuß die sofortige Vertagung bis 16. Oktober vorzuschlagen. Wenn die Generalkommission diesen Beschluß billige, so bleibe ein wesentlicher Teil der Arbeit der Konferenz, die nun schon zwölf Monate getagt habe, über drei Monate liegen.

„Es wird den Völkern", so sagte Nadolny, „die die Ergebnisse der Abrüstungskonferenz mit Ungeduld erwarten, nicht klargemacht werden können, weshalb es einer solchen Vertagung bedarf, damit die Regierungen sich über die Hauptfragen der Abrüstung, die seit 14 Jahren in Artikel 18 der Völkerbundssatzung vorgesehen ist, die von vornherein die Aufgabe dieser Konferenz war und die hier seit eineinhalb Jahren behandelt wird, endlich schlüssig werden. Es wird der Welt noch weniger klar gemacht werden können, warum während des Zeitraumes, den man sich für Verhandlungen über die politischen Fragen vornehmen will, die ebenso notwendige Bearbeitung und Regelung der übrigen Fragen ruhen soll. Ich will gar nicht von den abgerüsteten Staaten sprechen, die seit 14 Jahren auf die Einlösung der Verpflichtung zur allgemeinen Abrüstung auf die Wiederherstellung ihrer nationalen Sicherheit warten. Nicht nur von ihrer Seite, sondern allenthalben wird man, davon bin ich überzeugt, gegen die Konferenz den Vorwurf erheben, daß eine derartige Vertagung der Anfang für einen Verzicht auf die Durchführung ihrer Aufgaben ist, mit anderen Worten

ein Begräbnis erster Klasse

der Konferenz bedeutet. Ich mache nachdrücklichst auf die ernsten Folgen aufmerksam, die zu befürchten sind, wenn das Mißtrauen gegenüber dem Willen der Konferenz, durch Zusammenarbeit und Verständnis zu einem Ergebnis zu gelangen, weiter um sich greift.

Die Konferenz ist jetzt in einem Stadium, in dem es nicht mehr möglich ist, mit ausweichender Taktik und Hinhalten weiter zu kommen. Ihr Ende kann nicht mehr lange hinausgeschoben werden. Es wird nur dann ein gutes Ende sein, wenn die Staaten, auf die es ankommt, den ernsten Willen haben, hier wirklich zu verhandeln, ihre Abrüstungsverpflichtung zu erfüllen und im Interesse des Zustandekommens einer Konvention Entgegenkommen zu beweisen, so wie dies Deutschland bereits getan hat. Die Regierungen, die den Vorschlag des Büros gutheißen, übernehmen damit eine schwere Verantwortung. Deutschland hat jedenfalls alles nur mögliche getan, um die Konferenz zu ihrem Ziel zu bringen.

Aus allen vorgebrachten Gründen muß ich mich demnach gegen den Vorschlag des Büros auf Vertagung der Konferenz aussprechen"

Die Ausführungen Nadolnys wurden von der Versammlung mit größter Aufmerksamkeit angehört. Zu Beginn der Sitzung

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

hatte Henderson den Vertagungsbeschluß des Büros erläutert und nochmals über den Mißerfolg seiner Verhandlungen in London berichtet. Die Gerüchte, daß es sich bei dieser Vertagung um einen vollständigen Abbruch der Abrüstungskonferenz handle, seien unbegründet.

Im Anschluß an Botschafter Nadolny sprachen die Vertreter der **Vereinigten Staaten, Englands** und **Frankreichs**, die dem Vertagungsvorschlag in kurzen Begründungen ihre Zustimmung erteilten. Während die Vertreter der Vereinigten Staaten und Großbritanniens sich darauf beschränkten, sachlich die Gründe darzulegen, die für ihre Haltung bestimmend waren, konnte es sich der Vertreter Frankreichs, **Massigli**, nicht versagen, in seinen Ausführungen teils offene, teils versteckte **Angriffe gegen Deutschland zu richten.** Der Vertreter **Ungarns** schloß sich den grundsätzlichen Ausführungen des deutschen Vertreters rückhaltlos an. Auch der Vertreter **Italiens**, Marchese Di Soragna, erklärte ausdrücklich, daß Italien sich mit der Vertagung lediglich unter der Bedingung abfinden könne, daß gemäß den Feststellungen, die Botschafter Nadolny getroffen habe, **die Mächte sich nunmehr feierlich verpflichten, sich auf die in Aussicht genommenen Verhandlungen einzulassen und diese in einem Geiste zu führen, der einen positiven Erfolg der Konferenz ermögliche.** Zum Schluß wies Botschafter Nadolny die verschiedenen Verdächtigungen, die der französische Vertreter ausgesprochen hatte, in bestimmter Weise zurück, ohne Widerspruch zu finden. Daraufhin vertagte sich der Hauptausschuß bis zum 16. Oktober.

Der Reichsetat für 1933

Berlin, 29. Juni (Amtlich.) Die Reichsregierung hat in der Kabinettssitzung am 27. Juni das Reichshaushaltsgesetz für 1933 verabschiedet, das heute im Reichsgesetzblatt verkündet wird. Der Reichshaushaltsplan ist ausgeglichen und schließt in Ausgabe und Einnahme mit rund 5,9 Milliarden Reichsmark ab. Im Reichshaushaltsplan für 1932 waren die Ausgaben und die Einnahmen mit je rund 8,2 Milliarden veranschlagt. Die **tatsächlichen Ausgaben** betrugen im Rechnungsjahre 1932 nur insgesamt 7,9 Milliarden und die **tatsächlichen Einnahmen 7,3 Milliarden.** Die unterschiedlichen rund **600 Millionen Reichsmark stellen den Fehlbetrag für 1932** dar. Darin sind 420 Millionen Reichsmark für außerordentliche Schuldentilgung enthalten.

Die tatsächlichen Ausgaben in 1932 betrugen 7,9 Milliarden, **die für 1933 veranschlagten Ausgaben betragen nur 5,9 Milliarden.** Der Unterschied von rund 2 Milliarden erklärt sich insbesondere daraus, daß die Anteile der Länder an den Reichssteuern (Ueberweisungssteuern) im Reichshaushalt bisher auf der Einnahmenseite im Gesamtaufkommen der einzelnen Reichssteuern und auf der Ausgabenseite als Steuerüberweisungen an die Länder erschienen und infolgedessen nur durchlaufende Posten darstellten. Dieses bis 1932 bestandene Bruttosystem ist bei der Aufstellung des Reichshaushaltes 1933 aus Zweckmäßigkeitsgründen abgelöst worden durch ein Nettosystem. Dieses Nettosystem besteht darin, daß die laufenden Anteile der Länder an den Reichssteuern auf beiden Seiten des Reichshaushaltes nicht als Einnahmen und Ausgaben des Reiches, sondern gesondert aufgeführt werden. Dieser durchlaufende Posten der **Ueberweisungssteuern** ist für 1933 veranschlagt mit **1,6 Milliarden Reichsmark. Die restlichen 0,4 Milliarden Reichsmark ergeben sich aus tatsächlichen Minderungen von Ausgabeposten.**

Das auf der Einnahmeseite erscheinende Aufkommen an Steuern ist unter Zugrundelegung des tatsächlichen Aufkommens in den letzten Monaten und unter Berücksichtigung einer gewissen Belebung der Wirtschaft geschätzt worden. Der nach Abzug der Länderanteile dem Reich verbleibende **Anteil an Steuern und Zöllen beträgt dieser Schätzung gemäß für 1933 rund 5,1 Milliarden.** Der nach Abzug der Länderanteile dem Reich verbleibende Anteil an Steuern und Zöllen betrug im Rechnungsjahr 1932 im Voranschlag 5,4, in Wirklichkeit 4,9 Milliarden Reichsmark. Im Rechnungsjahr 1933 wird demnach ein um rund 200 Millionen Reichsmark höheres Aufkommen an Steuern und Zöllen erwartet, als das tatsächliche Aufkommen in 1932 betragen hat. Die Einzelschätzungen für die Steuern und Zölle ergeben sich aus dem beiliegenden Steuerbild.

Zu den übrigen Einnahmen ist zu bemerken, daß für 1933 wie im Vorjahr ein Erlös aus dem Verkauf von Vorzugsaktien der Deutschen Reichsbahngesellschaft in Höhe von 100 Millionen Reichsmark und beim Reichsernährungsministerium neu eine Einnahme aus der Bewirtschaftung der Oelfrüchte in Höhe von rund 70 Millionen Reichsmark vorgesehen ist. Die übrigen Verwaltungseinnahmen usw. laufen fast unverändert wie in den Vorjahren.

Auf der **Ausgabenseite** erreichte der Reichshaushalt für 1932 nach Abzug der Länderanteile an den Ueberweisungssteuern die Summe von 6,2 Milliarden. Im Haushaltsplan 1933 erreichen die Ausgaben nur 5,9 Milliarden. Darin sind 130 Millionen für Sonderüberweisungen an die Länder enthalten, so daß die Reichsausgaben in Wirklichkeit nur rund 5,8 Milliarden betragen. Das sind rund 400 Millionen Reichsmark weniger als im Rechnungsjahre 1932.

In größeren Posten zusammengefaßt verteilen sich die **Ausgaben** wie folgt:

Versorgung der Kriegsopfer und ihrer Hinterbliebenen	1040 Mill.
Zivil- und Militärpensionen	270 Mill.
Kriegslasten	425 Mill.
Besoldungen (einschließlich der Reichswehr)	700 Mill.
Arbeitslosenhilfe und Arbeitsbeschaffung	520 Mill.
Sozialversicherung	520 Mill.
Wohlfahrtspflege (einschließlich 150 Mill. RM. für Fettverbilligung)	200 Mill.
Wohnungswesen	100 Mill.
Ankauf von Vorzugsaktien der Dresdner Bank	100 Mill.
Verzinsung und Tilgung der Reichsschuld	520 Mill.
Abdeckung der Fehlbeträge früherer Jahre	100 Mill.
Besondere Maßnahmen auf dem Gebiete der Ernährungswirtschaft	140 Mill.
Schutzpolizei der Länder	190 Mill.

Der Rest von nicht ganz einer Milliarde verteilt sich auf die gesamten übrigen Bedürfnisse des Reiches.

Die von der Regierung der nationalsozialistischen Revolution **organisatorischen Aenderungen** kommen im Haushalt insbesondere dadurch zum Ausdruck, daß die neugeschaffenen Ministerien erstmalig erscheinen, und zwar das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda als Einzelplan 5 a und das Reichsluftfahrtministerium als Einzelplan 16.

Das **Propagandaministerium** erfordert für seine vielseitigen Aufgaben insgesamt rund 14,2 Millionen Reichsmark Ausgaben. Diese stellen jedoch keine Neubelastung dar, denn der größte Teil wird durch eigene Einnahmen aus dem Rundfunk gedeckt und im Rest handelt es sich um Ausgaben, die bisher in den Einzelplänen anderer Ministerien enthalten waren.

Bei dem **Haushalt des Reichstages** tritt infolge Verringerung der Abgeordnetenzahlen (Kommunisten Sozialdemokraten und Staatspartei) eine Ersparnis von über einer Million Reichsmark ein.

Der **Haushalt der Reichsschuld** erfordert unter anderem rund 220 Millionen für die Auslosungsrechte der Anleiheablösungsschuld (Altbesitzanleihe).

Für die **Abdeckung von Fehlbeträgen** aus früheren Rechnungsjahren sind rund 100 Millionen vorgesehen, für die Inanspruchnahme des Reiches aus Garantien 35 Millionen.

Für die **Einlösung von Verbindlichkeiten**, die anläßlich der Bankenkrise im Mai 1931 übernommen wurden, haben unter anderen 102 Millionen für den Erwerb von Vorzugsaktien der Dresdener Bank eingestellt werden müssen. Schließlich ist noch ein sogenannter Globalabstrich von 50 Millionen, der durch Sparmaßnahmen im Laufe des Jahres erreicht werden soll, vorgesehen.

Die Reichsregierung der nationalsozialistischen Revolution legt für 1933 einen in sich **ausgeglichenen Haushaltplan** vor. Voraussetzung dafür, daß der Ausgleich Wirklichkeit bleibt, ist, daß die Belebung von Arbeit, Wirtschaft und Finanzen eintritt, die in Auswirkung des Gesetzes zur Verminderung der Arbeitslosigkeit vom 1. Juni 1933 erwartet werden kann und daß die Steuerpflichtigen ihre laufenden Steuerverpflichtungen pünktlich erfüllen und etwa vorhandene Rückstände so bald wie möglich abtragen. Werden diese Voraussetzungen erfüllt, so ergibt sich zwangsläufig eine Verbesserung der Haushaltungslage auch der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände.

Die Reichsregierung der nationalsozialistischen Regierung ist entschlossen, die öffentlichen Haushalte in Deutschland in Ordnung zu bringen. Sie erwartet, daß sie dabei die verständnisvolle und tatkräftige Mitwirkung aller Kreise des deutschen Volkes finden wird.

Für Einheit von Kirche und Staat

Wehrkreispfarrer Müller leitet den evang. Kirchenbund

Berlin, 29. Juni. Der Bevollmächtigte des Reichskanzlers für die Angelegenheiten der evangelischen Kirche, Wehrkreispfarrer Müller, gibt folgende „Verfügung zur Behebung der Notstände in Kirche und Volk" bekannt:

1. Die deutschen evangelischen Kirchen sind in einen Notstand geraten. Die unbedingt notwendige Einheit von Volk und Kirche ist in Gefahr.

2. Dieser Notstand erfordert **außerordentliche Maßnahmen.** Im Einvernehmen mit dem Herrn Staatskommissar für die evangelischen Landeskirchen Preußens **übernehme ich daher um der Kirche und des Evangeliums willen als Bevollmächtigter des Herrn Reichskanzlers die Leitung des evangelischen Kirchenbundes.**

3. Ich übernehme insbesondere den Vorsitz im Kirchenbundesrat, die Befugnisse des Kirchentages, des Kirchenausschusses und seiner Unterausschüsse.

Mit Gottvertrauen und im Bewußtsein meiner Verantwortung vor Gott und unserem Volke gehe ich ans Werk, gehorsam der Wahrheit des reinen und lauteren Evangeliums Jesu Christi.

In Verfolg der vorstehenden Verfügung beurlaubte ich mit sofortiger Wirkung den Bundesdirektor des Kirchenbundesamtes Dr. Hosemann. Mit der weiteren Durchführung der Verfügung zur Uebernahme der Geschäfte des Kirchenbundesamtes beauftragte ich Herrn Admiral Meusel.

Vereinigung Ernster Bibelforscher in Preußen verboten

Berlin, 29. Juni. Durch eine Verfügung des Geheimen Staatspolizeiamtes ist die Vereinigung Ernster Bibelforscher einschließlich ihrer Nebenorganisationen für ganz Preußen verboten worden.

Entscheidung beim Zentrum in den nächsten Tagen

Berlin, 29. Juni. Wie das VdZ-Büro meldet, war im Zusammenhang mit der Selbstauflösung der Zentrumsfraktion der Berliner Stadtverordnetenversammlung das Gerücht entstanden, daß diese Berliner Zentrumsvertreter die Selbstauflösung auf Anweisung der Reichsparteileitung des Zentrums vollzogen hätten. In gutunterrichteten Zentrumskreisen wird dieses Gericht als falsch bezeichnet. Es wird darauf hingewiesen, daß die Zentrumsfraktion der Berliner Stadtverordnetenversammlung im Rahmen der Gesamtpartei nur eine sehr geringe Rolle spiele, und daß im übrigen der Reichsführer der Zentrumspartei, Dr. Brüning, **allein über das Schicksal der Partei zu bestimmen habe, entsprechend den Vollmachten, die er vom Parteivorstand bekommen hat. Dr. Brüning werde die Entscheidung der Parteileitung in den allernächsten Tagen bekanntgeben.**

Selbstauflösung der Berliner Stadtverordnetenfraktion des Zentrums

Berlin, 29. Juni. Die Zentrumsfraktion der Berliner Stadtverordnetenversammlung hat ihre Auflösung beschlossen. Die einzelnen Stadtverordneten werden ihre Aufnahme als Hospitanten in die nationalsozialistische Stadtverordnetenfraktion nachsuchen.

Katholische Vereinsvermögen beschlagnahmt

Ludwigshafen, 29. Juni. Auf Anordnung der Regierung wurden in zahlreichen Ortschaften der Pfalz die Vereinsvermögen der katholischen Vereine durch Polizei- oder Gendarmeriebeamte beschlagnahmt. In Ludwigshafen wurden die Vermögen der Vereine sämtlicher 8 Pfarreien, ferner die Vermögen der Vereine in Landau, Oggersheim und Rheingönheim beschlagnahmt.

Bestellen Sie noch heute unsere Zeitung!

Rosenberg über das Schicksal des Zentrums

Berlin, 30. Juni. Alfred Rosenberg beschäftigt sich in einem Artikel im „Völkischen Beobachter" unter der Ueberschrift „Der Zentrumssturm" mit dem Schicksal der Zentrumspartei.

Rosenberg nennt das Zentrum ein Ueberbleibsel einer innerlich und äußerlich schon überwundenen Vergangenheit und sagt, es zeigt sich, was das Zentrum sich offenbar der Situation bewußt ist und die Selbstauflösung in seine unmittelbare Betrachtungssphäre gezogen hat. Daß diese Auflösung in einer Weise erfolgt, die möglichst wenig an Kränkungen an sich birgt, wünschen auch wir. Uns hat niemals daran gelegen, einen politischen Gegner ohne Zweck zu beleidigen; wir betrachten die ganze deutsche Entwicklung nicht vom Standpunkt eines früher gekränkten und verfolgten, sondern durchaus in souveränem Bewußtsein eines Siegers und eines Vorbereiters neuer positiver Staatsgrundlagen. Wir glauben, daß die große Dynamik unserer Tage symbolisch ist für einen Führer, von dem die „Polnische Volkszeitung" richtig sagt, daß er eine Macht besitzt, wie niemals ein Kaiser in Deutschland und der über alle Widerstände hinweggehen wird. Wohl schon in nächster Zeit wird sich zeigen, welcher Weise sich die Führung des Zentrums zu entscheiden gedenkt, und wir unsererseits hoffen, daß die Entscheidung so ausfällt, wie sie zum Wohle der deutschen Nation und der Führung des großen Schicksalskampfes des Deutschen Reiches notwendig ist.

Die Grundverbände der Arbeiter

Das Presseamt der Deutschen Arbeitsfront teilt mit: Nunmehr hat das Organisationsamt unter seinem Leiter Muchow die Verschmelzung der einzelnen Verbände des Gesamtverbandes in die fachlich neu gegliederten vierzehn Grundverbände abgeschlossen. Diese Verbände heißen jetzt:

Deutscher Arbeiterverband des Baugewerbes,
Deutscher Arbeiterverband des Bergbaues,
Deutscher Arbeiterverband des graphischen Gewerbes,
Deutscher Arbeiterverband der öffentlichen Betriebe,
Deutscher Arbeiterverband des Nahrungsmittelgewerbes,
Deutscher Metallarbeiter-Verband,
Deutscher Fabrikarbeiter-Verband,
Deutscher Holzarbeiter-Verband,
Deutscher Textilarbeiter-Verband,
Deutscher Tabakarbeiter-Verband,
Deutscher Steinarbeiter-Verband,
Deutscher Lederarbeiter-Verband,
Deutscher Landarbeiter-Verband
Deutscher Heimarbeiter- und -arbeiterinnen-Verband.

Damit ist der Grundstock zur Uebernahme der anderen kleinen und kleinsten Verbände geschaffen worden.

Uebernahme des ZdA. und GdA. durch den DHV.

Berlin, 29. Juni. Die Mitglieder des Zentralverbandes der Angestellten (ZdA.) und des Gewerkschaftsbundes der Angestellten (GdA.) erhalten Schreiben des Verbandsvorstandes, in dem ihnen mitgeteilt wird, daß diese Verbände mit dem 1. Juli d. J. aufgelöst seien. Die Mitgliedschaft dieser Verbände wird vom Deutschen Handlungsgehilfen-Verband (DHV.) übernommen. Jüdische und fremdrassige Mitglieder, die den beiden aufgelösten Verbänden angehört haben, werden ausgeschlossen.

Zwei Freijahre für Siedler

Berlin, 29. Juni. Die Not der Landwirtschaft, vor allem der fortgesetzte Niedergang der Preise, hat mit am härtesten die landwirtschaftlichen Siedler mitten im Beginn des Aufbaues ihrer neuen Stellen getroffen. Wiederholte Ermäßigungen der Rentenleistungen konnten angesichts der Fortdauer der Not keine hinreichende Hilfe bringen. Dies hat die **Reichsregierung zu einer umfassenden Hilfsmaßnahme veranlaßt.** Bei den Besprechungen hierüber mit der Agrarorganisation der NSDAP. hat sich diese insbesondere für die **Gewährung von zwei Freijahren** eingesetzt. Diesen Anregungen wurde Rechnung getragen.

Allen Siedlern, bei deren Ansiedlung Reich oder Länder mitwirkte, werden **vom 1. Juli ab zwei Freijahre gewährt.** Die bis zum 30. Juni 1933 einschließlich aufgelaufenen **Rückstände werden gestundet** und dürfen in Teilzahlungen während der beiden Freijahre abgedeckt werden. Für Vorauszahlungen vor dem vereinbarten Zahlungsziel erhalten dabei die Siedler besondere Vergünstigungen. Die Maßnahme ist von den Siedlungsbehörden, bei Flüchtlingssiedlern wie bisher von den Finanzämtern durchzuführen.

Der frühere Reichskanzler Bauer verhaftet

Berlin, 29. Juni. Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft wurde eine umfangreiche Aktion durch die Kriminalpolizei durchgeführt, an der über 100 Kriminalbeamte beteiligt waren und die zur Verhaftung des zur Zeit beurlaubten Geschäftsführers der Wohnungsfürsorgegesellschaft Magistratsbaurat Dr. Schallenberger und des früheren SPD.-Reichskanzlers Bauer, sowie zur Beschlagnahme von Büchern bei über 30 gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften und Baufirmen führte. Die Aktion wurde wegen des dringenden Verdachtes der **Veruntreuung von für Wohnungsbauten bestimmte Hauszinssteuermittel durchgeführt.** Es besteht der dringende Verdacht, daß Schallenberger entgegen den Interessen der Stadt zahlreiche Grundstücksgesellschaften zum Nachteil der Stadt absichtlich erheblich begünstigt und hierfür in sehr erheblichem Umfange Schmiergelder erhalten hat.

Der frühere SPD.-Reichskanzler Bauer soll die Wohnungsfürsorgegesellschaft durch Vorlage falscher Unterlagen getäuscht haben, um höhere Hauszinssteuerhypotheken zu erhalten. Durch betrügerische Manipulationen soll es der Gesellschaft gelungen sein, nicht nur Schulden in Höhe von 70 000 RM. abzudecken, sondern noch darüber hinaus Ueberschüsse von über 750 000 RM. zu erzielen. Der Schaden, der der öffentlichen Hand durch diese Korruptionsangelegenheit entstanden ist, geht in viele Millionen und läßt sich zur Zeit noch nicht voll übersehen.

Die Deutsche Reichsbahn im Mai 1933

Berlin, 29. Juni. Die langsame Steigerung des Güterverkehrs der Reichsbahn hielt auch im Mai an. Gegenüber April war eine Belebung um 3,5 Prozent zu verzeichnen, während diese in den letzten drei Jahren höchstens 2,6 Prozent betrug. Der ansteigende Verkehr entspricht der leichten Aufwärtsentwicklung der deutschen Wirtschaft. Der Versand von Baustoffen, besonders von Wegebaustoffen, war besonders stark. Der Rückgang im Versand von Margarine infolge der Fettverordnung wurde durch erhöhten Versand von Butter und Schmalz ausgeglichen. Der Lastkraft-

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

wagenfernverkehr hat weiter erheblich zugenommen. Der **Personenverkehr** blieb infolge der überwiegend kühlen und regnerischen Witterung im Mai im allgemeinen hinter den Erwartungen zurück. Die **Gesamteinnahmen** der Reichsbahn erreichten 231,75 (April 221.12) Millionen RM. Die Gesamtausgaben belaufen sich auf 271.63 (254,9) Millionen RM. Der **Personalbestand** ist in der Hauptsache infolge Einstellung von Arbeitern in der Bahnunterhaltung und in den Werkstätten auf 600 603 (580 554) Köpfe gestiegen.

Neues vom Tage

Aus der NSDAP. ausgeschlossen

Berlin, 29. Juni. Wie die Pressestelle der NSDAP. mitteilt, haben die ehemaligen Parteigenossen Hauptmann a. D. Cordemann, Hauptmann a. D. von Marwitz, Hauptmann a. D. Wolf und Hauptmann a. D. Dr. Zucker, sämtlich in Berlin, durch telegraphische und telephonische Einwirkung über Gauleiter, Handelskammern, Wirtschaftsunternehmungen usw. versucht, dem Führer die Freiheit notwendiger Entschließungen zu rauben. Sie sind auf Anordnung des Führers sofort ihrer Aemter enthoben und aus der Partei ausgeschlossen worden. Auf Befehl des Reichskanzlers wurden sie in Haft genommen und in ein Konzentrationslager eingeliefert.

Stellvertretender Führer der NSDAP. nimmt künftig an den Kabinettssitzungen teil

Berlin, 29. Juni. Die Reichspressestelle der NSDAP. teilt mit: Durch Kabinettsbeschluß wurde bestimmt, daß der Stellvertreter des Führers der NSDAP., Rudolf Heß, künftig an den Kabinettssitzungen und Ministerraten der Reichsregierung teilnimmt.

Der englische Botschafter verabschiedet sich vom Reichspräsidenten

Neudeck, 29. Juni. Reichspräsident von Hindenburg empfing in Abschiedsaudienz den aus seinem Amte scheidenden Königlich-Großbritannischen Botschafter in Berlin, Sir Horace Rumbold. Auf der Fahrt nach Neudeck hat das Botschafterpaar Donnerstag früh unter sachkundiger Führung die Marinewerft besichtigt.

Aus Stadt und Land

Altensteig, den 30. Juni 1933.

Zur Deutschen Luftfahrt-Werbewoche 1933 v. 26. Juni bis 2. Juli wird uns mitgeteilt: Seit Februar dieses Jahres besteht in Altensteig eine „Flug- und Arbeitsgruppe des Deutschen Luftsportverbandes e. V." („Fag"). Das Dutzend Mitglieder derselben hat sich als nächstliegende Aufgabe die Erbauung eines Segelgleitflugzeugs vom Tip „Hi 1" gestellt. Dieses erfordert einen Materialaufwand von ca. 300 Mark und etwa 1500 Arbeitsstunden. Dies stellt an den einzelnen Fagisten erhebliche finanzielle Opfer. Um nun für einen weiteren Kreis von jungen Leuten durch Senkung der Beiträge die Teilnahme an der Arbeit zu ermöglichen, verbleibt der Reinertrag der am nächsten Sonntag, den 2. Juli in Altensteig stattfindenden ministeriell genehmigten Straßensammlung der hiesigen „Fag" zur selbständigen Verwendung. Daß es sich bei einem Segelflugzeug um keine Spielerei handelt, sondern um eine wichtige Vorschulung für das Motorfliegen, zeigen die Ausmaße des „Hi 1". Er erhält eine Flügeltiefe von 1,50 Meter, eine Flügelspannweite von 11 Meter und eine gesamte Länge von 6 Meter. Die Steuerung des Segelflugzeugs geschieht genau so, wie die eines Motorflugzeugs. Das Gewicht beträgt etwa 100 Kg. Bis jetzt erforderte die Herstellung von Einzelteilen und der Zusammenbau von Höhensteuer, Seitensteuer, Schwanzflossen und Rumpf ca. 550 Arbeitsstunden. Arbeitslustige und opferfreudige jüngere Leute können um Aufnahme in die „Fag" nachsuchen. Der Ruf zum Spenden geht insbesondere auch an die Jugendlichen beiderlei Geschlechts. Wer sich irgendeinen Genuß (Alkohol, Tabak u. a.) einmal verkneift und das so Ersparte der Luftfahrt-Spende zuführt, braucht nicht zu der Ausrede greifen, er habe kein Geld. Beim Anblick der ihm überreichten Kornblume oder Fliegernadel darf er das erhebende Bewußtsein haben, auch etwas Positives zum Wiederaufbau der Deutschen Luftfahrt beigesteuert zu haben. Und wenn schon vielleicht im nächsten Herbst der Altensteiger „Hi 1" beim Spielberger Reservoir seine Linien durch die Lüfte zieht, so darf der Zuschauer sich im Stillen sagen: Auch ich habe zu dieser schönen Sache mein Möglichstes gegeben.

Deutscher Tag in Wildbad im Schwarzwald mit großer Enzanlagenbeleuchtung am Sonntag, den 2. Juli 1933. Der nächste Sonntag steht in Wildbad im Zeichen der nationalen Erhebung. Der Deutsche Tag beginnt vorm. 11 Uhr mit einem Feldgottesdienst und endigt, günstige Witterung vorausgesetzt, abends mit einer der märchenhaften großen Enzanlagenbeleuchtungen, die als Sehenswürdigkeiten von Weltruf bekannt sind. Die Reichsbahn gibt den Wildbadbesuchern aus der Richtung Stuttgart—Bietigheim—Mühlacker—Pforzheim an diesem Tage Gelegenheit, zu einem auf die Hälfte ermäßigten Sonderzugsfahrpreis mit zwei fahrplanmäßigen Zügen nach Wildbad und abends mit Sonderzug (Wildbad ab 23.00 Uhr) zurückzufahren. Sonntagsrückfahrkarten werden auf allen Bahnhöfen der Strecken Plochingen—Stuttgart—Wildbad, Heilbronn / Backnang—Bietigheim, Horb—Pforzheim, Offenburg—Karlsruhe—Pforzheim, Mannheim—Graben-Neudorf / Heidelberg—Karlsruhe, Bruchsal—Mühlacker ausgegeben. Näheres enthalten die Anschläge auf den Bahnhöfen. Gelegenheit zu billigen Gesellschaftsfahrten mit Autoomnibussen ist von allen Seiten her geboten. Wo.

Ueberberg, 30. Juni. (Schießbahn-Einweihung.) Der Kriegerverein veranstaltet am Sonntag, den 9. Juli, die Einweihung seiner neuen Schießbahn. Mit dieser Einweihung ist ein Preisschießen verbunden, dessen Preise vom 2. bis 8. Juli bei Gg. Girrbach, Bäckerei und Handlung, hier, ausgestellt sind.

Nagold, 30. Juni. (Voranschlag für den Stadthaushalt 1933.) Die verheerenden Wirkungen der Wirtschaftsnot treten in den öffentlichen Haushalten immer eindeutiger zu Tage. Die Schrumpfung der Steuererträgnisse hat seit dem Vorjahr weitere fühlbare Fortschritte gemacht; demgegenüber die Ausgaben im allgemeinen nicht zurückgehen, eher eine steigende Tendenz zeigen, die nicht verwunderlich ist, wenn man bedenkt, daß in den letzten Jahren abgedrosselt und zurückgestellt wurde, was irgendwie aufschiebbar erschien. Gegenüber dem Voranschlag 1932 sind die Ueberweisungssteuern um 8000 Mark, die Gewerbesteuer um 10 500 Mark, der Mietertrag der städt. Gebäude um 2000 Mark und die Schulgelder für die Real- und Lateinschule um 2000 Mark zurückgegangen und nur vom Steinbruch Mittlerbergle wird heuer ein Ueberschuß von 6500 Mark gegen 3000 Mark im Vorjahr, vom Stadtwald infolge der Erhöhung der Hauptnutzung im neuen Wirtschaftsplan von jährlich 4000 auf 5000 Festmeter ein Reinertrag von 18 000 Mark gegenüber 11 000 Mark im Vorjahr, von der städt. Wasserversorgung ein solcher von 9000 Mark gegen 8000 Mark im Vorjahr und endlich vom neuen Freibad ein solcher von 1000 Mark erwartet. Andererseits zeigen die Ausgaben beispielsweise bei der allgemeinen Verwaltung, den Schulen und der Straßenunterhaltung eine steigende Tendenz. Zurückgegangen sind sie nur bei den Schulden um rund 2000 Mark und beim Amtsschaden um 2000 Mark. Ganz weggefallen ist, abgesehen von einer Nachforderung von 2300 Mark im heurigen Waldetat, die Exigenz von 10 000 Mark für die Ausbesserung der Hochwasserschäden vom 16. Mai 1932. Der Fürsorgeetat erfordert immer noch einen Zuschuß von 32 000 Mark gegen 33 100 Mark im Vorjahr. Obgleich man hofft, einen Teil der Arbeitslosen beim Staatsstraßenbau Nagold—Altensteig unterzubringen, sind die Mittel für die Notstandsarbeiten, insbesondere für die Etterstaatsstraßenstrecke der Freudenstädterstraße und für den freiwilligen Arbeitsdienst unzureichend. Es schließt der Hauptvoranschlag ab in Einnahmen mit 206 395 Mark, Ausgaben mit 356 595 Mark, somit Abmangel 150 200 Mark, der gedeckt werden soll durch eine Umlage von 21 Prozent. Der ungedeckte Rest von 28 400 Mark soll durch den Beitrag des Ausgleichstocks und weitere Einsparungen aufgebracht werden. Nach der Restmittelberechnung der Stadtpflege für das Rechnungsjahr 1932 ergibt sich ein Abmangel von 545 Mark, der an sich tragbar wäre, wenn für die unvermeidlichen Ausfälle bei den Ausständen von insgesamt ca. 70 000 Mark irgend eine Deckung vorhanden wäre. Diese Ausstände sind das Sorgenkind der Stadtpflege. Der Gesamtschuldenstand der Stadt ist 400 910 Mark, im Vorjahr 410 569 Mark. Demgegenüber betragen die Baudarlehens- und Kaufpreisforderungen der Stadt 136 467 Mark gegen 137 883 Mark im Vorjahr. Die Bürgersteuer wird mit 300 Prozent des Landessatzes, die Biersteuer mit 4 Mark pro Hektoliter erhoben. Bei dem zu erwartenden geringen Ertrag und mit Rücksicht auf den Fremdenverkehr konnte sich der Gemeinderat zur Erhebung der Getränkesteuer noch nicht entschließen. Durch den Ausfall der Waldrente und der Steuererträgnisse (die Gewerbesteuer ist von 1931 auf 1933 allein von 92 000 auf 50 000 Mark und die Ueberweisungssteuern von 50 000 auf 32 000 Mark zurückgegangen) und die wiederholten Wolkenbruchschäden kam der Stadthaushalt in den letzten Jahren in eine schwierige Lage, die sich noch verschärft hätte, wenn die Stadtverwaltung nicht rechtzeitig mit dem Ausbau a) des Stadtwaldes durch Nachholung der Kulturen, Arrondierungen und Wegnetzverbesserungen, b) der Wasserversorgung mit dem Bau der Hochdruckanlage und c) des Steinbruchs Mittlerbergle mit 2 Siloanlagen für neue Einnahmen gesorgt hätte. Wenn nun, wie wir voll Zuversicht hoffen, die Privatwirtschaft auf dem Tiefpunkt angelangt ist und einer Aufwärtsbewegung entgegengeht, so kommen für die öffentlichen Finanzen heuer und in den nächsten Jahren noch recht arme Zeiten. Erst dann wird auch in den Gemeindehaushalten das Tief unterschritten sein und erst dann hoffen wir, mit einem gesunden Wagemut wieder an Aufgaben herangehen zu können, die wir heute zurückstellen müssen. Bis auf Weiteres muß unser Sinnen und Trachten ausschließlich auf die Beschaffung von Arbeit und Brot und die Erhaltung des Gleichgewichts im Stadthaushalt nach dem Grundsatz „Keine Ausgabe ohne Deckung" gerichtet sein.
B. M.

•

Freudenstadt, 29. Juni. (Die Grenze der 10 000er überschritten.) Nach der Volkszählung am 16. Juni hat Freudenstadt jetzt eine Einwohnerzahl von 10 545, also 673 mehr als an 1925.

Calw, 29. Juni. (Verkehrsunfall.) In der Nacht zum Mittwoch sind zwischen Althengstett und Ostelsheim zwei SA.-Leute, Angehörige eines Motorsturms, auf einer Dienstfahrt mit dem Kraftrad schwer verunglückt. Sie fuhren mit ihrem Fahrzeug auf ein Gefährt auf und zogen sich beim Sturz erhebliche Verletzungen zu, die ihre Verbringung ins Bezirkskrankenhaus notwendig machten.

Neuenbürg, 30. Juni. (Aufhebung der Rabattgabe.) Sämtliche Geschäftsleute des gewerblichen Mittelstandes haben im Einverständnis mit dem Kampfbundführer der NSDAP. beschlossen, infolge der schlechten wirtschaftlichen Lage und um ihren Verpflichtungen ehrlich und redlich nachzukommen, die Rabattgabe ab 1. Juli d. J. aufzuheben. Eingeklebte Marken werden bis zum 1. Oktober ds. Js. zum vollen Betrag eingelöst.

Rottweil, 29. Juni. In einem Anfall von Schwermut hat der 36 Jahre alte Küfermeister Karl Spindler den Freitod gesucht.

Tübingen, 29. Juni. (Hitlerjugend-Tag.) Die alte fröhliche Universitätsstadt Tübingen rüstet zum großen Hitlerjugend-Tag, den sie am 1. und 2. Juli in ihren Mauern beherbergen wird. Aus mehr als einem Dutzend Oberämtern wird sich die schwäbische Jugend, die sich zu Adolf Hitler bekennt, hier versammeln. Die Vorbereitungen sind in vollem Gange.

Kirchentellinsfurt, OA. Tübingen, 29. Juni. (Noch ein Todesopfer.) Nunmehr ist auch der Beifahrer Friedrich Sulz aus Gniebel, der bei dem schweren Motorradunglück in Kirchentellinsfurt erheblich verletzt wurde, seinem sofort getöteten Kameraden im Tode nachgefolgt.

Tübingen, 29. Juni. (Berufung.) Oberarzt Dr. Usadel, der seit fast 6 Jahren an der chirurgischen Klinik Tübingen tätig ist, wurde als Direktor der 2. chirurgischen Abteilung an das Rudolf Virchow-Krankenhaus nach Berlin berufen.

Stuttgart, 29. Juni. (Christlicher Volksdienst.) Die Verhandlungen der Führung des Christlichen Volksdienstes mit Reichsminister Dr. Frick sind zum Abschluß gekommen. Die Reichsleitung des Chr. Volksdienstes wurde auf Sonntag nach Kassel einberufen, um über das Ergebnis endgültig Beschluß zu fassen.

Aufgelöster Verband. Auf Grund des Paragraph 1 der VO. des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat wird für Württemberg der Selbstschutzverband der Reichsbankgläubiger, Inflations- und Deflations-Geschädigten — Volksbund für Wahrheit und Recht — Zentralleitung Stuttgart, aufgelöst und das vorhandene Vermögen beschlagnahmt. (gez.) Dr. Mattheiß.

Sinnloses Gerücht. Der Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes Gau Württemberg-Hohenzollern teilt uns folgendes mit: Von unverantwortlicher Seite wird in den letzten Tagen das Gerücht verbreitet, daß das Pfund Zucker um 20 Pfg. aufschlagen würde. Der Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes Gau Württemberg-Hohenzollern hat sich bei den zuständigen Stellen erkundigt und teilt der Oeffentlichkeit mit, daß an keiner Stelle auch nur an einen Preisaufschlag gedacht wird. Wir werden die Verbreiter dieser Nachricht rücksichtslos der wirtschaftspolitischen Polizei zur Bestrafung übergeben.

Kommissarin für Frauenverbände. Als Kommissarin für die württ. Frauenverbände wurde von der nat.-soz. Gauleitung Frau Elisabeth Bosch, Beyerstraße 13, ernannt.

534 neue Theaterdichtungen. Das Preisausschreiben „Nationalbühne Stuttgart", das der Kampfbund für deutsche Kultur gemeinsam mit den Württ. Staatstheatern veranstaltet und dessen Einsendetermin am 15. Juni ablief, ist abgeschlossen. Eingegangen sind im ganzen 534 Werke, davon 34 Opern, 27 Singspiele und Operetten, 228 Schauspiele, 127 Tragödien, 95 Komödien und Lustspiele, 19 Volksstücke und 4 Märchen. Mit der Prüfung der eingereichten Arbeiten ist bereits begonnen worden.

Heilbronn, 29. Juni. (Schüler tödlich verunglückt.) Am Dienstag zogen die beiden hiesigen Realschulklassen mit Sang und Klang hinaus auf den Hauptbahnhof, um mit der Eisenbahn in das Ferienheim im Allgäu in der Gegend von Jonny befördert zu werden. Nun kam die Nachricht, daß der 13 Jahre alte Realschüler Herrmann von einer Leiter so unglücklich auf eine Kiste fiel, daß er wenige Stunden später im Leutkircher Krankenhaus den schweren inneren Verletzungen erlegen ist.

Neckarsulm, 29. Juni. (Hauptversammlung der NSU.-Werke.) Die ordentliche Hauptversammlung der NSU.-Werke mußte kurz nach Beginn geschlossen werden, weil vor dem Hauptversammlungslokal große Demonstrationen der Arbeiterschaft stattfanden, die Schmährufe gegen Mitglieder des Aufsichtsrats aus der Schapiro-Zeit ausstießen. Wie erinnerlich, mußte das gut geleitete schwäbische Unternehmen, dessen Fabrikate Weltruf genießen, im Jahre 1928 infolge der Verbindung mit der Schebera-AG.-Schapiro saniert werden. Diese Verbindung brachte es mit sich, daß große Arbeiterentlassungen stattfanden. Der Aufsichtsratsvorsitzende Schmidt-Branden (Berlin) wurde zu seiner eigenen Sicherheit von SA.-Leuten in Schutzhaft genommen.

Waiblingen, 29. Juni. (Vom Schwiegervater erschossen.) Zwischen einem jungverheirateten Optiker und seinem Schwiegervater bestanden wegen Geldangelegenheiten schon seit längerer Zeit Streitigkeiten. Der Schwiegervater bedeutete dem jungen Mann, er müsse sich nach einer Stellung umsehen. Als sie sich abends begegneten, zog der Schwiegervater eine Waffe aus der Tasche und schoß auf den Schwiegersohn. Er gab drei Schüsse ab, von denen der zweite ins Herz ging und der dritte in den Kopf eindrang. Der Schwiegersohn war sofort tot. Der Täter stellte sich selbst der Polizei.

Gmünd, 29. Juni. (Zunge im Zaum halten!) In Bartholomä hat ein Einwohner in einer Wirtschaft den Reichskanzler beleidigt. Er wurde sofort vom Oberamt auf 5 Tage in Schutzhaft genommen. Dazu sieht er der gerichtlichen Bestrafung entgegen.

Dinkelsbühl, 29. Juni. (16 Schlafzimmereinrichtungen in Trümmer.) Der Lastzug der Firma Leibfried in Burgstädt geriet an einer Kurve außerhalb der Stadt infolge der schlüpfrigen Straße in den Straßengraben. Ein Baum wurde vollständig abgedrückt und 16 Schlafzimmereinrichtungen gingen großenteils in Trümmer. Fahrer und Begleitmann kamen mit dem Schrecken davon.

Künzelsau, 29. Juni. (Noch nicht gefunden.) Wie mitgeteilt wird, bewahrheitet es sich leider nicht, daß die Leiche des Lehrers Benz, der sein Leben für den Knaben Glasbrenner opferte, ebenfalls schon gefunden sei. Man ist noch immer auf der Suhe nach ihr.

Betra in Hohenzollern, 29. Juni. (Einbruch.) In der Nacht auf Montag ist in der hiesigen Gemeindekasse, die im Hause des Gemeinderechners untergebracht ist, ein schwerer Einbruch verübt worden. Der Täter schlug ein Fenster ein und machte mit einem passenden Schlüssel den Kassenschrank auf. Die behördliche Nachprüfung ergab einen buchmäßigen Fehlbetrag von etwas über 1400 M. Inzwischen ist nun heute morgen auf dem Stallfenstergesims des Gemeinderechners ein Teil des entwendeten Geldes im Betrag von rund 600 M. aufgefunden worden.

Aulendorf, 29. Juni. (Entlassen.) Die in Schutzhaft genommenen Stahlhelmortsgruppenführer Dr. Götter-Schussenried und Graf v. Königsegg-Aulendorf sind wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

Von der bayerischen Grenze, 29. Juni (Ein elsässischer Deserteur.) Auf der Gendarmeriestation Mindelheim stellte sich ein Wanderbursche vor mit dem Verlangen, ihm Auskunft zu geben, wo er einen deutschen Paß bekommen könne. Es handelt sich um den im Badischen geborenen Wilhelm Valentin Albert, dessen Eltern im Jahre 1920 im Elsaß, wo sie ein Geschäft betrieben, gegen ihren Willen nach dem Versailler Vertrag französische Staatsbürger wurden. Albert diente im französischen Heer, mußte aber feststellen, daß er wesentlich schlechter behandelt wurde, als seine französischen Kameraden. Er desertierte und gelangte über die Schweiz nach Deutschland, wo er jetzt bleiben will. Der junge Mann wurde nach Memmingen verbracht.

Aus Baden

Bruchsal, 28. Juni. In der Nacht zum Mittwoch wurde die nachgesetzte Hitlerlinde in Forst zum zweiten Male beschädigt. Die gemeine Tat dürfte wohl als eine gewalttätige Kundgebung gegen das am Dienstag vom Bruchsaler Amtsgericht gefällte Urteil für den Arbeiter E. Wendelsein

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

anzusehen sein, der die erste Linde beschädigt hatte und zwei Monate Gefängnis erhielt.

Neupfotz i. d. Südpfalz, 28. Juni. Der Briefbote Stephan Wünschel und seine Ehefrau wurden auf ihrem Acker vom Blitz erschlagen. Sie waren mit Hacken beschäftigt, als das furchtbare Unglück geschah. Der Sohn, der dabei war, kam mit dem Schrecken davon. Der Mann war sofort tot, die Frau gab noch Lebenszeichen von sich, verschied aber wenige Augenblicke später.

Die württembergischen Kreditgenossenschaften

Stuttgart, 29. Juni. Der Revisionsverband Württ. Kreditgenossenschaften e. V. Stuttgart, dem 107 Kreditgenossenschaften Schulze-Delitzscher Richtung in Württemberg und Hohenzollern angehören, hielt in Stuttgart seine Hauptversamlung ab. Nach dem Geschäftsbericht traten bei einigen Genossenschaften durch die Wucht der Zeitverhältnisse Verluste ein, die bei 18 Genossenschaften eine Dividendengewährung nicht zuließen und die wegen einiger Sonderfälle auch Veranlassung gaben, die Reichshilfe anzurufen. Der Berichterstatter stellt aber fest, daß bei den württ. Genossenschaften noch kein Spareinleger Verluste erlitten habe. Ueber die gegenwärtige Wirtschaftslage und die Genossenschaften sprach der Anwalt des Deutschen Genossenschaftsverbandes, Dr. Lang-Berlin. Die Kreditgenossenschaften seien gewillt, an einer Zinssenkung nach Kräften mitzuarbeiten. In Württemberg seien die Sollsätze schon immer niedriger gewesen als in anderen Teilen des Reichs. Landtagsabgeordneter Bäßner-Nagold, Vorsitzender einer Reihe mit dem Revisionsverband befreundeter Körperschaften gedachte noch der Bedeutung der Kreditgenossenschaften im nationalen Staat.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Eröffnung der Weltkraftkonferenz. Im Londoner Konzerthaus wurde die große Weltkraftkonferenz eröffnet. Anwesend waren gegen 900 Delegierte aus 40 Ländern. Die Begrüßungsansprache hielt Macdonald, der auch Schirmherr der Konferenz ist.

4 200 000 Einwohner in Berlin. Das städtische Statistische Amt in Berlin hat das erste vorläufige Ergebnis der Volkszählung vom 16. Juni festgestellt. Darnach wurden in Berlin 1 936 860 männliche, 2 265 190 weibliche, zusammen 4 202 050 Personen gezählt.

Schweres Autounglück. Abends ereignete sich auf der Straße zwischen Dienheim und Guntersblum ein schweres Unglück. Ein Möbeltransportwagen, der von einem Traktor gezogen wurde, stieß mit einem entgegenkommenden Personenwagen, in dem sich ein Ehepaar aus Ludwigshafen und der Bruder der Frau befanden, zusammen. Der Oberteil des Personenwagens wurde vollständig weggerissen und die drei Insassen auf die Straße geschleudert. Die Frau starb bereits auf dem Transport ins Krankenhaus, während ihr Bruder später seinen Verletzungen erlag.

Aus dem Gerichtssaal

Sondergerichtsurteile

Stuttgart, 29. Juni. Die dummdreiste Behauptung, die in gewissen Kreisen immer wieder auftaucht, daß nicht die Kommunisten, sondern die Nationalsozialisten das Reichstagsgebäude angezündet hätten, ist imer wieder Gegenstand der Anklage bei den Sondergerichten. Diesmal war es ein 18 Jahre alter Bursche aus dem Oberamt Heidenheim, der als früheres Reichsbannermitglied diese Behauptung aufstellte und der dieserhalb zu vier Monaten Gefängnis verurteilt wurde. —

Wegen eines Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz stand ein 31 Jahre alter Arbeiter von Reutlingen vor dem Sondergericht. Er war im Besitz von Sprengkapseln gewesen, die er aber in die Schatz geworfen hat. Der Staatsanwalt hatte 1 Jahr und 1 Monat Gefängnis beantragt, das Gericht verurteilte den Arbeiter zu 4 Monaten Gefängnis. —

Ein weiterer Angeklagter wurde wegen Verbreitung kommunistischer Druckschriften zu 6 Monaten und drei weitere Angeklagte aus Schwenningen wegen Herstellung kommunistischer Druckschriften bzw. Beihilfe dazu zu 4 und 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Stuttgarter Turnfest-Allerlei

108 Turner im Alter von über 70 Jahren beim Turnen der Altersriegen

Nicht weniger als 7259 Turner haben sich zum Turnen der Altersriegen gemeldet, das am Donnerstag, den 27. Juli 1933, von 20 bis 21.15 Uhr auf der großen Festwiese des 15. Deutschen Turnfestes stattfindet. Neben dem schwäbischen Kreis mit 927 Meldungen und dem größten Turnkreis Sachsen mit 1935 Meldungen hebt sich vor allen Dingen der Kreis Rheinland mit 742 Teilnehmern heraus, was ein vorzügliches Ergebnis dem Hundertsatz nach bedeutet. Beim 14. Deutschen Turnfest in Köln waren insgesamt 3900 ältere Turner vertreten.

Daß das Turnen bis ins hohe Alter jung und frisch erhält, geht aus der Feststellung hervor, daß sich unter den Gemeldeten 2167 im Alter zwischen 50 und 60 Jahren befinden. Das Alter von 886 Turnern liegt zwischen 60 und 70 Jahren. Am meisten Hochachtung muß man aber vor der Willenskraft und der immer noch jugendlichen Begeisterung der Gruppe der älteren Turner haben, die in einem Alter zwischen 70 und 90 Jahren an dem Turnen der Altersriegen teilnehmen. Es sind nicht weniger als 108 Turner. 12 darunter sind zwischen 75 und 80 Jahren. Der älteste Turner hat das Alter von 86 Jahren. Nach ihm kommen noch zwei „Jüngere" im Alter von 81 und 82 Jahren. Insgesamt vertreten diese 108 Turner ein Alter von 8114 Jahren.

Buntes Allerlei

Ein achtjähriger Falschmünzer

In Wien wurden im Laufe der letzten Monate verschiedene Hundertschillingnoten angehalten, die außerordentlich gut gefälscht waren. Jetzt konnte auch die Person ihres Herstellers ermittelt werden: Die Noten sind von einem achtjährigen Volksschüler namens Josef Heisl gefälscht worden. Der Junge, der zeichnerisch hervorragend begabt ist, hatte die Scheine durchgepaust und koloriert. Von dem Geld hat er Lebensmittel gekauft, die er anonym seinen in Niederösterreich lebenden Verwandten, die sich in großer Not befinden, gesandt hat. Der Junge konnte natürlich nicht bestraft werden; seine Eltern hatten von seinem Treiben keine Ahnung. Als der Fall bekannt wurde, hat sich ein Mäzen des jungen „Künstlers" angenommen und ihm einen Platz an einer höheren Schule gesichert.

Rätselhafte Zerstreutheit

Was alles verloren werden kann: Im Städtischen Fundbüro in Mailand ist ein zweischläfriges Bett samt Matratzen, Bezug, Kissen und Decken abgegeben worden, das — rätselhaft wieso, in einer der Hauptstraßen der Stadt vergessen wurde. Man hofft, vom Eigentümer dieses originellen Fundgegenstandes, falls er sich meldet, zu erfahren, welches Rätsel hinter dieser Zerstreutheit wohl gesteckt hat.

•

Humor

Kein Hindernis. „Uns gefällt ja die Wohnung, aber das Haus steht so nahe an der Fabrik!" — „Ach, das braucht Sie nicht zu stören: es ist eine Pulverfabrik, die jeden Tag in die Luft fliegen kann."

Erholungsreise. „Der Herr Meier ist verreist", sagt Trina zu dem Besucher. — „Zur Erholung?" — „Nee! — Seine Frau ist mitgefahren!"

Kurzmeldungen der N.S.D.A.P.

Ortsgruppe Altensteig.

SA. 12/125 Abfahrt nach Wildbad, 9 Uhr Marktplatz. 9.45 Uhr Simmersfeld, durchsagen.

Letzte Nachrichten

Besprechung der süddeutschen Minister in München über wirtschaftliche Fragen

München, 29. Juni. Der württembergische Ministerpräsident Mergenthaler, der badische Ministerpräsident Köhler und der württembergische Finanzminister Dr. Dehlinger treffen am Freitagnachmittag in München ein, um mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Siebert über eine Reihe wichtiger finanzieller und wirtschaftlicher Fragen und Arbeitsbeschaffungsfragen, die die gemeinsamen Interessen der drei Länder betreffen, Rücksprache zu halten.

Dr. Ley zur Frage der Konsumvereine

Berlin, 29. Juni. Der Führer der Deutschen Arbeitsfront Dr. Ley hat zur Frage der Konsumvereine einen Aufruf erlassen, in dem es heißt: Für mich waren zwei Ziele maßgebend, erstens, dasjenige, was faul ist, abzustoßen und unverzüglich zu liquidieren. So sind dann im Laufe dieser Zeit nicht weniger als 50 Konsumvereine liquidiert worden und eine größere Anzahl steht noch in Liquidation. Zweitens erkannte ich, daß die Konsumvereine wohl eine Basis abgeben könnten, um dem schöpferischen Handwerk ein gesichertes Absatzgebiet zu geben. So habe ich denn meinen Mitarbeitern den Auftrag gegeben, einen Plan auszuarbeiten, wie der Gedanke der Förderung des schöpferischen Handwerks in Verbindung mit den Konsumvereinen zum Wohle des Volkes eine glückliche Lösung finden kann, auch schon deshalb, weil die Konsumvereine im letzten Weltkrieg einen außerordentlichen wehrpolitischen Wert als Verteilungsorganisation hatten. Ich habe verfügt, daß innerhalb von acht Tagen möglichst alle Stellen mit überzeugten Nationalsozialisten zu besetzen sind.

Auftrag an die Kirchen-Bevollmächtigten zurückgezogen

Berlin, 29. Juni. Wehrkreispfarrer Müller hat folgende Verfügung erlassen: Nachdem ich durch die Verfügung vom 28. 6. 33 die Befugnisse des Kirchenausschusses übernommen habe, ziehe ich den Auftrag, den die Herren Seetzen, Marahrens und Hesse erhalten haben, zurück.

Aufklärung eines Sabotageaktes in Oesterreich

Wien, 29. Juni. Nach einer Mitteilung des Sicherheitsdirektors für Niederösterreich über den Sabotageakt gegen die elektrische Bahn Wien—Baden hat der in Baden wohnhafte 21jährige Karl Kratzenberger gestanden, den Anschlag gemeinsam mit einem 17jährigen Studenten Johann Gazda verübt zu haben. Nach den Angaben Kratzenbergers haben die Beiden das Sprengmittel in einer Aktentasche an den Tatort gebracht, an die Eisenbahnschienen gebunden und dann durch Schwefelsäure zur Explosion gebracht.

Gestorben

Freudenstadt: Pauline Beilharz, 64 Jahre alt.

Wetter für Samstag

Da die Luftdruckverteilung mit Hochdruck im Westen und einem Tiefdruck im Nordosten fortbesteht, ist für Samstag immer noch ziemlich unbeständiges Wetter zu erwarten.

Verantwortlich für die Schriftleitung: L. Lauk.

Die
nationalsozialistischen Bücher
wie:

Hitler, Adolf:	Mein Kampf in 1 Bd. geb.	Mk. 7.20
	in 2 Bd. kart. je	„ 2.85
Beumelburg:	Sperrfeuer um Deutschland	„ 5.80
Feder:	Das Programm der NSDAP.	„ —.50
Feder:	Der deutsche Staat auf nat. und soz. Grundlage	„ 1.20
Gehl:	Die nationalsozialistische Revolution, Schilderungen vom 1. 8. 14 bis 1. 5. 33	„ —.65
Grunsky Dr., Karl:	Warum Hitler	„ —.50
Kloeber:	Vom Weltkrieg zur nationalen Revolution	„ 1.80
Krieck:	Der Staat des deutschen Menschen	„ 2.50
Möller v. d. Bruck:	Das dritte Reich	„ 2.90
Reventlow:	Deutscher Sozialismus	„ 3.50
Der junge Staat	herausgegeben von Kultusminister Schemm 1. Deutsche Jugend Dein Führer	„ —.40
Ströhle, A:	Von Versailles bis zur Gegenwart	„ 1.60
Winnig, August:	Vom Proletariat zum Arbeitertum	„ 2.40
Winnig, August:	Das Reich als Republik	„ 7.20

sind stets vorrätig in der

Buchhandlung Lauk,
Altensteig und Nagold

Vorstehende Bücher sind durch das Amtsblatt des Kultministeriums empfohlen.

WILDBADER SPRUDEL
Vertr.: Hans Rapp, Mineralwasserhdlg.

Singer Nähmaschinen
jederzeit preiswert. Vertreter G. Bühler, Marktplatz.

Alchelberg, den 29. Juni 1933.

Todes-Anzeige.

Tieferschüttert geben wir Verwandten und Bekannten die überaus schmerzliche Mitteilung, daß uns unser lieber Sohn und Bruder

Fritz Walz
Metzger

im Alter von beinahe 21 Jahren infolge kurzer, schwerer Krankheit entrissen wurde.

In tiefer Trauer:
Familie Fritz Walz.

Beerdigung Samstag nachmittag 1 Uhr.

Erdbeer-Marmelade
bereiten Sie

mit **Opekta**
Aus Früchten gewonnen

Rezept
3½ Pfd. Erdbeeren, sehr gut zerdrückt, werden mit 3½ Pfd. Zucker zum Kochen gebracht u. 10 Min. durchgekocht. Hierauf rührt man 1 Normalflasche Opekta zu 86 Pfennig und nach Belieben den Saft einer Zitrone hinein und füllt in Gläser. — Ausführliche illustrierte Rezepte für alle Früchte und Etiketten für ihre Marmeladengläser liegen jeder Flasche bei.

Opekta ist nur echt mit dem 10-Minuten-Topf.

Trocken-Opekta ist Opekta in Pulverform und wird gerne für kleine Portionen von 2 bis 4 Pfund Marmelade verwendet, da es schon in Päckchen zu 25 Pfennig und 45 Pfennig zu haben ist. — Packung für 7 Pfund Marmelade 85 Pfennig. Genaue Rezepte sind aufgedruckt.

Achtung! Rundfunk! Sie hören über die Sender des Südfunks jeden Mittwoch-Vormittag 11.40 Uhr den interessanten Lehrvortrag aus der Opekta-Küche „10 Minuten für die fortschrittliche Hausfrau". — Rezeptdurchgabe!

Das Opekta-Rezeptbuch, reich bebildert, erhalten Sie für 20 Pfennig in den Geschäften. Falls vergriffen, gegen Voreinsendung von 20 Pfennig in Briefmarken von der OPEKTA-GESELLSCHAFT M. B. H., KÖLN-RIEHL.

Sommersprossen
werden unter Garantie durch **Venus** Stärke 3 beseitigt. M 1.50, 2.75
Gegen Pickel, Mitesser Stärke 4
Löwen-Drogerie Hiller.

Butterpergament-Papier
empfiehlt die
Buchhandl. Lauk, Altensteig und Nagold.